

# Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



## Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 10/2010 • 21. Mai 2010

### Thema der Woche

---

#### **Bewahrung der europäischen Idee**

#### **Bundestag und Bundesrat beschließen Stabilisierung der gemeinsamen Währung**

Der Deutsche Bundestag hat an diesem Mittwoch in erster und an diesem Freitag in zweiter und dritter Lesung über die Stabilisierung des Euro beraten und mehrheitlich das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ beschlossen. Den Beratungen war eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel vorangegangen, in der sie eindringlich für das milliardenschwere Rettungspaket für den Euro warb. „Langfristige Stabilität ist ohne gesunde Staatsfinanzen undenkbar. So einfach ist das“, sagte Merkel. Auch Deutschland habe über seine Verhältnisse gelebt und in den letzten 40 Jahren mehr Schulden gemacht als gut gewesen sei. Sie sprach sich für eine umfassende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus und nannte die im Jahr 2004 von der rot-grünen Bundesregierung betriebene Lockerung des Euro-Stabilitätspaktes einen „großen Fehler“. In der sich anschließenden Debatte appellierte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die SPD, Verantwortung für die Stabilität des Euro zu übernehmen. Der Euro sei nicht der Euro der Regierungskoalition, sondern die Währung unseres Landes, sagte Kauder. Der Bundestag müsse gemeinsam die Herausforderungen annehmen, da es hier um eine nationale Verantwortung und nicht um parteipolitische Interessen gehe. Eine wirkliche Alternative zu den Gesetzentwürfen der Koalition für die in Rede stehenden Garantien sah Kauder nicht. „Wir sind felsenfest überzeugt, dass eine Alternative eine schlechtere Lösung wäre“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Wie sehen die von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Maßnahmen zur Eurostabilisierung konkret aus: Künftig wird es möglich sein, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. In dieser Absicht soll die Europäische Union Finanzmittel im Volumen von bis zu 60 Milliarden Euro bereitstellen und eine Stabili-

tätsgemeinschaft entstehen, die zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Kredite im Umfang von bis zu 440 Milliarden Euro gewähren kann. Diese Kredite der Stabilitätsgemeinschaft werden durch die teilnehmenden Euro-Staaten garantiert. Auf Deutschland entfällt damit ein maximaler Bürgschaftsbeitrag von 147,6 Milliarden Euro: Eine Garantiesumme von 123 Milliarden Euro, die im äußersten Notfall durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages um bis zu 20 % oder 24,6 Milliarden Euro weiter erhöht werden kann. Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einstimmiger Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss. Darüber hinaus wird sich auch der Internationale Währungsfonds mit 220 Milliarden Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen. Als zwingende Konsequenz aus der Krise wird die Koalition den unter Rot-Grün ausgehöhlt und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken. Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen. Zudem wird die Bundesregierung durch die Koalitionsfraktionen aufgefordert, Banken und Anlagefonds dauerhaft an den Kosten von Krisen zu beteiligen, die durch sie mit verursacht wurden, indem sich die Bundesregierung über die Bankenabgabe hinaus auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt: Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer – einzusetzen und so schnell als möglich auch zu nationalen Maßnahmen zu kommen. Dazu gehört beispielsweise das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen, wie es in dieser Woche schon durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verhängt wurde.

# Aus Plenum und Lobby

## **Neuer Wehrbeauftragter vereidigt**

An diesem Donnerstag hat Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert den neuen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, vereidigt. Der bisherige FDP-Bundestagsabgeordnete aus Berlin war am 25. März vom Bundestag als Nachfolger von Reinhold Robbe für fünf Jahre in dieses Amt gewählt worden. Königshaus erhielt 375 von 579 abgegebenen Stimmen bei 163 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen. Lammert gratulierte Königshaus und sagte, er freue sich auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bundestag im Interesse der Soldatinnen und Soldaten. Hintergrund: Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages ist Anwalt der Soldatinnen und Soldaten und zugleich ein wichtiges Hilfsorgan des Parlaments bei der Kontrolle der Streitkräfte: Er nimmt eine ganz besondere Stellung innerhalb des parlamentarischen Systems ein. Dabei ist er weder Mitglied des Bundestages noch Beamter. Tätig wird er auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses. Der Wehrbeauftragte kann aber auch aus eigener Initiative heraus aktiv werden, wenn er Hinweise auf die Verletzung von Grundrechten von Soldaten oder von Grundsätzen der Inneren Führung erhält. Jede Soldatin und jeder Soldat hat die Möglichkeit, sich direkt an den Wehrbeauftragten zu wenden. Der Wehrbeauftragte ist somit auch der Ombudsmann der Streitkräfte. Mindestens einmal im Jahr berichtet der Wehrbeauftragte dem Bundestag über das Ergebnis seiner Tätigkeit. Der Jahresbericht wird im Parlament beraten.

## **Berufsbildungsbericht 2010 vorgelegt**

Mit dem Berufsbildungsbericht 2010 unterrichtete die Bundesregierung in dieser Woche über die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, die trotz der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vergleichsweise stabil geblieben ist, da auch die Zahl der ausbildungsinteressierten jungen Menschen demografiebedingt deutlich gesunken ist. Zum zweiten Mal in Folge registrierte die Bundesagentur für Arbeit weniger unversorgte Bewerber/Bewerberinnen als unbesetzte Ausbildungsplätze. Andererseits gestaltet sich der Einstieg in Ausbildung für eine nicht zu unterschätzende Zahl von Jugendlichen weiterhin schwierig. Auf diese Zielgruppe muss künftig verstärkt die Aufmerksamkeit gerichtet werden, auch um den Fachkräftenachwuchs für Deutschland zu sichern. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung“

# Daten und Fakten

- **Immer mehr Kinder haben mindestens ein ausländisches Elternteil**

In den vergangenen zehn Jahren ist in Deutschland der Anteil der Kinder mit mindestens einem ausländischen Elternteil an allen neugeborenen Kindern gestiegen. Von den rund 683.000 Kindern, die 2008 in Deutschland zur Welt kamen, hatten etwa 159.000 (23 %) mindestens ein ausländisches Elternteil. Im Jahr 1998 hatte der Anteil noch bei 20 % gelegen.

Im Jahr 2008 besaßen bei 64.000 Kindern Vater und Mutter eine ausländische Staatsangehörigkeit, 95.000 Kinder stammten aus deutsch-ausländischen Beziehungen: 51.000 davon hatten einen deutschen Vater und eine ausländische Mutter und die verbleibenden 44.000 hatten eine deutsche Mutter und einen ausländischen Vater.

Insgesamt ist in den letzten fünf Jahren die Zahl der Neugeborenen mit zwei ausländischen Elternteilen um 12.000 zurückgegangen, während die Zahl der Kindern von deutsch-ausländischen Paaren um 6.000 zugenommen hat.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Deutscher Export auf dem Sprung aus der Krise**

Der klare Aufwärtstrend bei den deutschen Exporten hat sich im März eindrucksvoll fortgesetzt. Insgesamt wurden von Deutschland im März 2010 Waren im Wert von 85,6 Mrd. Euro ausgeführt. Die deutschen Ausfuhren waren damit im März 2010 um 23,3 % höher als im März des Vorjahres. Die Werte aus dem Rekordjahr 2008 sind damit wieder in Sicht. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Exporte gegenüber Februar 2010 um 10,7 % zu.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im März Waren im Wert von 51,4 Mrd. Euro versandt. Die Warenexporte in die Länder außerhalb der Europäischen Union stiegen mit

34,7 % überdurchschnittlich stark und erreichten im selben Zeitraum einen Wert von 34,2 Mrd. Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Zahl der Insolvenzen steigt nicht wie befürchtet**

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise rechneten die Experten mit einem drastischen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen. Tatsächlich mussten im vergangenen Jahr rund 33.000 Unternehmen ihrer Tätigkeit einstellen. Das sind 12 % mehr als in 2008. Damit fiel die Zunahme zwar deutlich, nicht aber – wie zunächst befürchtet – verheerend aus. Der Höchststand aus dem Rezessionsjahr 2003 mit fast 40.000 Insolvenzen wurde deutlich unterschritten.

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)

- **Fahren mit 17 dauerhaft ermöglichen**

Die Einführung des Modellversuchs "Begleitetes Fahren mit 17" hat zu einer Veränderung des Systems der Fahranfängervorbereitung geführt. Neben der Fahrschulausbildung gibt es die Möglichkeit der fahrpraktischen Einübung mit Begleitung durch einen fahrerfahrenen Beifahrer. Die Evaluierung des Modellprojekts hat gezeigt, dass ein deutlicher Gewinn für die Verkehrssicherheit erzielt werden kann. Aus diesem Grund wird die Bundesregierung mit einem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP aufgefordert, das Straßenverkehrsgesetz und die Verordnung über die Zulassung von Personen im Straßenverkehr zu ändern, um den Anwendungsbereich des "Begleiteten Fahrens mit 17" dauerhaft gesetzlich zu verankern.

# Terminvorschau

21.05.2010, 19.00 Uhr  
Ernennung Peter Schick zum Ehrenbürger  
Gemeindehalle Fleischwangen

22.05.2010, 17.00 Uhr  
Pfingstturnier SV Amtzell  
Stadion Amtzell

30.05.2010, 10.00 Uhr  
75 Jahre Musikverein Esenhausen  
Festgottesdienst und Festzug

02.06.2010, 10.00 Uhr  
Bezirksvorstandssitzung der Senioren Union  
Württemberg-Hohenzollern  
Andelfingen

07.-11. Juni 2010  
Sitzungswoche in Berlin

## Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
für den Wahlkreis Ravensburg  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030/ 227-73174  
Fax 030/ 227-76955  
Email: [andreas.schockenhoff@bundestag.de](mailto:andreas.schockenhoff@bundestag.de)  
[www.schockenhoff.de](http://www.schockenhoff.de)

